



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Steffen Müller

Kommentar:
Betriebsgrößenstruktur und Arbeitsmarktergebnisse (S. 78)

Michael Koetter

Aktuelle Trends:
Zinsspannen deutscher Universalbanken (S. 79)

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2014:
Deutsche Wirtschaft stagniert – Jetzt Wachstumskräfte stärken (S. 80)

*Hans-Ulrich Brautzsch, Gerhard Heimpold, Walter Hyll,
Maike Irrek, Cornelia Lang*

25 Jahre nach dem Mauerfall: Weiterhin strukturelle Unterschiede
auf dem Arbeitsmarkt zwischen Ost und West (S. 82)

Birgit Schultz, Liesa Krüger

Langzeitleistungsbezug und Langzeitarbeitslosigkeit
– Bericht zum 11. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik – (S. 86)

Brigitte Loose

IWH-Baumfrage im dritten Quartal 2014:
Baukonjunktur in Ostdeutschland verliert weiter an Schwung (S. 88)

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im dritten Quartal 2014:
Die Stimmung trübt sich ein (S. 91)



Wirtschaft im Wandel

5/2014

14.11.2014, 20. Jahrgang



Betriebsgrößenstruktur und Arbeitsmarktergebnisse

Trotz aller Fortschritte bei der wirtschaftlichen Angleichung Ost- und Westdeutschlands seit der Vereinigung wird in der öffentlichen Debatte häufig auf fortbestehende Unterschiede bei Löhnen und Arbeitsproduktivität verwiesen. Als Erklärung hierfür wird der vergleichsweise geringe Anteil großer und damit in der Regel auch produktiverer und besser zahlender Betriebe in Ostdeutschland angeführt. Die Größe eines Betriebes ist jedoch – von möglichen Skalenerträgen einmal abgesehen – für sich genommen kein Bestimmungsfaktor für ökonomische Prosperität. Für das Verständnis der Folgen einer kleinteilig organisierten Wirtschaft muss geklärt werden, über welche Mechanismen die Betriebsgrößenstruktur auf Löhne und Arbeitsproduktivität wirkt.

Ein wichtiger Einflussfaktor ist betriebspezifisches Humankapital, von dessen Höhe Löhne und Produktivität abhängen. Es zeichnet sich im Gegensatz zu allgemeinem Humankapital durch die alleinige Verwertbarkeit im konkreten Betrieb aus. Erlischt die Arbeitnehmer-Betrieb-Kombination, erlischt auch das betriebspezifische Humankapital. Ob Arbeitnehmer und Betriebe bereit sind, in dieses betriebspezifische Kapital zu investieren, hängt daher stark von der erwarteten Dauer der Zusammenarbeit, d. h. der Amortisationsphase der Investition ab. Genau an dieser Stelle könnte die Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft von Nachteil sein. Kleine Betriebe können qualifizierten Beschäftigten in der Regel weniger interne Aufstiegsmöglichkeiten bieten als Großunternehmen. Zudem sind kleine Betriebe oft auch jünger und haben ein um ein Vielfaches höheres Risiko von Betriebsschließungen und Insolvenzen als große und etablierte Betriebe. Beides lässt erwarten, dass sowohl der Betrieb als auch die Beschäftigten von einer „Ehe auf Zeit“ ausgehen und spezifische Investitionen vermeiden. Weitere wichtige Fragen schließen sich an. Wenn es zur Betriebsschließung kommt, welche kurz- und langfristigen Folgen hat dies für die Karrierepfade der Betroffenen? Führt sie beispielsweise zu häufigerer und längerer Arbeitslosigkeit, zu Humankapitalabschreibungen und langfristigen Lohnverlusten und zu einer höheren Übergangsrate in atypische bzw. prekäre Beschäftigung?

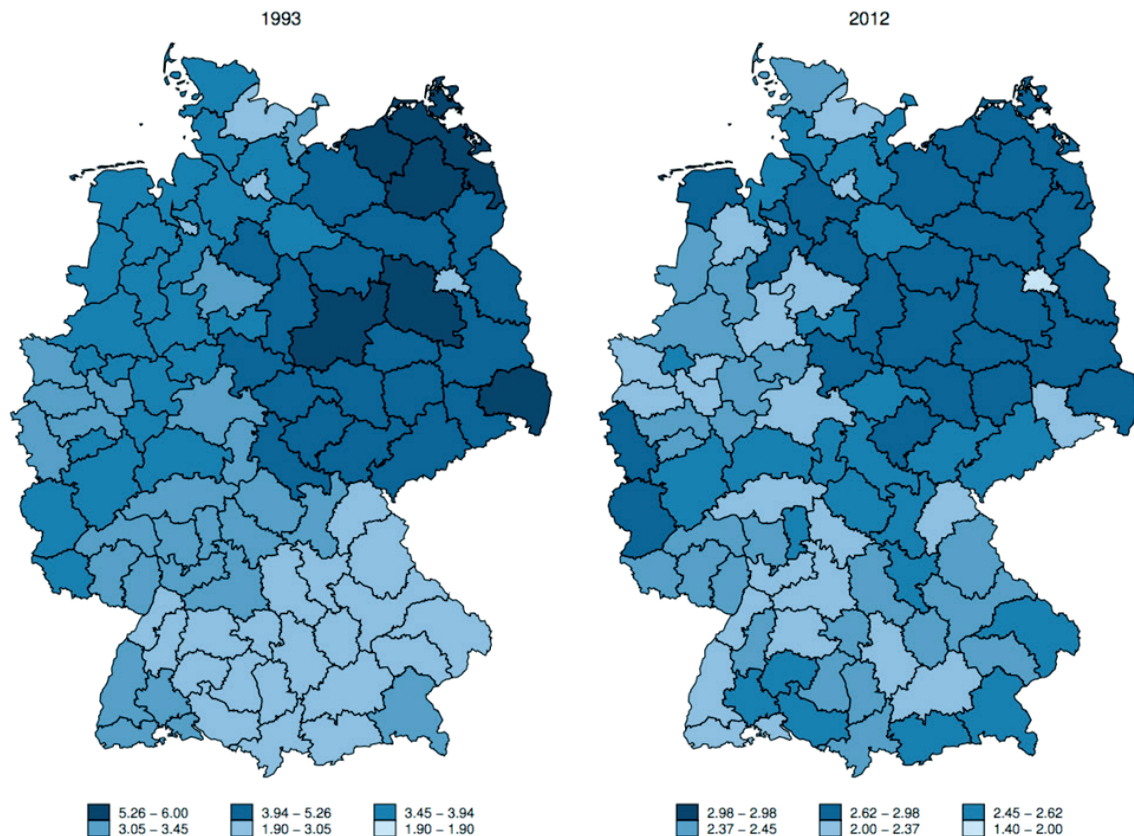
Andererseits: Birgt eine hohe Zahl kleiner und junger Betriebe nicht auch Chancen? Oft wird davon ausgegangen, dass Neuerungen und technischer Fortschritt durch neue Betriebe transportiert werden und dass diese Betriebe der flexible Motor wirtschaftlicher Dynamik sind. Für den ostdeutschen Arbeitsmarkt ist daher von besonderem Interesse, ob durch Neugründungen zusätzliche Beschäftigung geschaffen wird, und vor allem, welche Art von Beschäftigung.

Die hier skizzierten Fragen sind für Ostdeutschland teils nur spärlich, teils noch gar nicht untersucht worden. Aufgrund ihrer zentralen Bedeutung werden sie künftig Bestandteil der IWH-Forschungsagenda sein.

Steffen Müller
Leiter der Abteilung Strukturökonomik

Zinsspannen deutscher Universalbanken

- mittlere implizite Zinsspannen deutscher Geschäftsbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken 1993 und 2012, in %; Raumordnungsregionen; Banken sind den Räumen auf Basis ihres Hauptsitzes zugeordnet -



IWH

Quelle: Koetter, M.: Market Structure and Competition in German Banking – Modules I and IV, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Arbeitspapier 06/2013. Wiesbaden 2013.

Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen den Soll- und Habenzinsen. Dies sind also die Zinserträge, welche Banken für Anlagen, z. B. Kredite, relativ zu den Zinsaufwendungen erzielen können, welche sie für ihre eigene Refinanzierung, z. B. in Form von Einlagen, aufwenden müssen. Die Abbildung zeigt ein deutliches Ost-West-Gefälle in den gemittelten Zinsspannen deutscher Raumordnungsregionen in den Jahren 1993 und 2012. Die Unterschiede in westdeutschen Räumen haben im Zeitablauf deutlich zugenommen. Während dort die Zinsspannen im Jahr 2012 zwischen 1,4% und 3,0% schwanken, liegen sie in ostdeutschen Räumen durchweg am oberen Ende der Verteilung und unterscheiden sich im Schnitt lediglich zwischen 2,6% und 3,0%. Eine größere Zinsspanne ist dann nötig, wenn die Bank riskantere Investitionen finanziert, zum Beispiel Kredite für besonders innovative Geschäftsmodelle. Andererseits kann eine größere Zinsspanne ein Indiz dafür sein, dass Banken lokale Marktmacht besitzen und monopolistische Renten abschöpfen können, weil es Haushalten und Unternehmen an alternativen Finanzierungsmöglichkeiten mangelt.

Michael Koetter (Michael.Koetter@iwh-halle.de)

Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2014: Deutsche Wirtschaft stagniert – Jetzt Wachstumskräfte stärken*

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

Die deutsche Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um 1,3% und im kommenden Jahr um 1,2% expandieren. Das prognostizieren die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten. Demzufolge hat sich die Konjunktur in Deutschland merklich abgekühlt. Nachdem die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal gesunken war und im dritten Vierteljahr wohl stagniert hat, kommt der Konjunkturmotor nur schwerlich wieder auf Touren. Schwach ist sowohl die Binnennachfrage – das Konsumklima hat sich zuletzt verschlechtert und die Unternehmen halten sich mit Investitionen weiterhin zurück – als auch die Auslandsnachfrage. Belastend wirken das mäßige Expansionstempo der Weltwirtschaft, die auch im Prognosezeitraum niedrige Dynamik im Euroraum und der Gegenwind von der Wirtschaftspolitik. In diesem Umfeld sprechen sich die Wirtschaftsforschungsinstitute für eine Stärkung der Wachstumskräfte und günstigere Rahmenbedingungen für Investitionen aus. Der finanzielle Spielraum für ein investitionsfreundlicheres Steuersystem und mehr Ausgaben in wachstumsförderlichen Bereichen wie Sach- und Humankapital sei vorhanden.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, Weltwirtschaft, Deutschland, öffentliche Finanzen, mittelfristige Projektion

Im Herbst 2014 expandiert die Weltproduktion in mäßigem Tempo. Zwar setzt sich in den USA und in Großbritannien der Aufschwung fort, aber im Euroraum hat die Erholung, anders als noch im Frühjahr erwartet, nicht Tritt gefasst. Uneinheitlich ist die Konjunktur auch in den Schwellenländern. Die recht schwache weltwirtschaftliche Expansion schlug sich darin nieder, dass der Welthandel im ersten Halbjahr 2014 kaum zugelegt hat.

Das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion wird im Prognosezeitraum voraussichtlich mäßig bleiben. Der Aufschwung in den USA wird sich fortsetzen. Dafür sprechen insbesondere die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die allmähliche Erholung am Arbeitsmarkt und die gesunkene Verschuldung der privaten Haushalte. Im Euroraum wird die konjunkturelle Dynamik im Prognosezeitraum weiter schwach bleiben. Die seit längerer Zeit erwartete Belebung zeichnet sich bisher nicht ab, entsprechend wurden die Prognosen schrittweise nach unten korrigiert. Da die Weltkonjunktur nur mäßig aufwärtsgerichtet bleibt, sind keine wesentlichen Impulse vom Export zu erwarten.

ten. Alles in allem rechnen die Institute mit einem Anstieg der Weltproduktion um 2,6% im Jahr 2014 und um 3% im Jahr 2015.

Die Risiken für die Weltkonjunktur sind erheblich. Das liegt an den Problemen am Immobilienmarkt Chinas, aber auch am Konflikt Russlands mit dem Westen. Auch die niedrige Preisdynamik im Euroraum deutet auf Risiken hin. Für den Euroraum insgesamt ist aber gegenwärtig nicht mit einem Deflationsszenario zu rechnen.

Die deutsche Konjunktur hat sich abgekühlt. Mehrere Faktoren dürften hierzu beigetragen haben. Die weltwirtschaftliche Produktion expandierte mit einem unerwartet mäßigem Tempo, insbesondere der Euroraum befindet sich nach wie vor in einer Schwächephase. Internationale Krisen wie der weiter schwelende russisch-ukrainische Konflikt und die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und im Irak trübten die wirtschaftlichen Aussichten zusätzlich ein. Aber auch die deutsche Binnennachfrage zeigt deutliche Zeichen von Schwäche. Die privaten Konsumausgaben stiegen im zweiten Quartal nur wenig, und das Konsumklima verschlechterte sich zuletzt. Die Unternehmensinvestitionen gingen im zweiten Quartal zurück, und kaum etwas spricht dafür, dass sich die Investitionszurückhaltung bald legen wird.

* Abgeschlossen in Berlin am 7. Oktober 2014. Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Deutsche Wirtschaft stagniert – Jetzt Wachstumskräfte stärken. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014*. Berlin 2014.

Vor diesem Hintergrund ist der konjunkturelle Ausblick für Deutschland verhalten. Im dritten Quartal wird die gesamtwirtschaftliche Produktion lediglich stagniert haben. Die Industrieproduktion dürfte erneut gesunken sein. Die Frühindikatoren sprechen dafür, dass die Expansion bis zum Jahresende schwach bleiben wird. So waren die Auftragseingänge im Durchschnitt der Monate Juli und August niedriger als im zweiten Quartal. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 voraussichtlich um 1,3% steigen. Das 68%-Prognoseintervall reicht dabei von 1,1% bis 1,5%. Wegen der Stagnation im zweiten Halbjahr wird die Auslastung der deutschen Wirtschaft zurückgehen, die Produktionslücke bleibt negativ.

Die konjunkturelle Schwäche hinterlässt erste Spuren auf dem Arbeitsmarkt: Der Beschäftigungsaufbau hat sich verlangsamt, und die registrierte Arbeitslosigkeit hat zuletzt geringfügig zugenommen. Die Inflationsrate ist niedrig. Im September lagen die Verbraucherpreise um 0,8% über dem Vorjahr, wozu auch externe Faktoren, wie der Rückgang der Energiepreise, beigetragen haben. Die Verbraucherpreis-inflation dürfte im Jahr 2014 bei 1,0% liegen.

Die Aussichten für die Konjunktur sind auch deshalb gedämpft, weil Gegenwind von der Wirtschaftspolitik kommt. Zwar gehen von der Finanzpolitik, gemessen an den diskretionären Maßnahmen, expansive Impulse aus, doch wirken das Rentenpaket

und die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns wachstumshemmend. Auch nutzt die Bundesregierung ihren finanziellen Spielraum zu wenig für investive Zwecke. All dies wirkt sich wohl negativ auf die private Investitionsneigung aus.

Der Produktionsanstieg im Jahr 2015 wird wohl geringer ausfallen als bisher erwartet; die Institute prognostizieren, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 um 1,2% zunehmen wird; kalenderbereinigt entspricht dies nur einem Anstieg um 1,0%. Das 68%-Prognoseintervall reicht von -0,3 bis 2,7%.

Wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es in diesem Umfeld, jetzt die Wachstumskräfte zu stärken und günstige Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit zu setzen. Ein gewisser Spielraum für eine gestaltende Finanzpolitik steht hierfür zur Verfügung. Auf der Einnahmenseite sollte dieser dazu genutzt werden, das Steuersystem investitions- und wachstumsfreundlich zu gestalten, insbesondere durch eine Senkung der Abgabenbelastung. Auf der Ausgabenseite sollten die Ausgaben der öffentlichen Hand in solchen Bereichen, die potenziell das Wachstum erhöhen – also Ausgaben in Sach- und Humankapital –, ausgeweitet werden. Dabei ist allerdings davor zu warnen, die Mittel nach dem Gießkannenprinzip oder nach Länderproporz zu verteilen. Stattdessen müssen Effizienzgesichtspunkte leitend sein.

Tabelle:
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	4,1	3,6	0,4	0,1	1,3	1,2
Erwerbstätige im Inland in 1 000 Personen	41 020	41 570	42 033	42 281	42 605	42 653
Arbeitslose in 1 000 Personen	3 239	2 976	2 897	2 950	2 908	2 963
Arbeitslosenquote BA ¹ in %	7,7	7,1	6,8	6,9	6,7	6,8
Verbraucherpreise ² (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,1	2,1	2,0	1,5	1,0	1,4
Lohnstückkosten ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-1,5	0,4	3,1	2,2	1,8	2,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁴ in Milliarden Euro	-104,0	-21,8	3,7	7,3	7,8	2,9
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-4,0	-0,8	0,1	0,3	0,3	0,1
Leistungsbilanzsaldo in Milliarden Euro	146,7	164,0	196,2	191,9	200	196
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	5,7	6,1	7,1	6,8	6,9	6,6

¹⁾ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ²⁾ Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – ³⁾ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ⁴⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2014 und 2015: Prognose der Institute.

25 Jahre nach dem Mauerfall: Weiterhin strukturelle Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt zwischen Ost und West

Hans-Ulrich Brautzsch, Gerhard Heimpold, Walter Hyll, Maike Irrek, Cornelia Lang*

Aus Anlass des Jahrestages hat das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) die Broschüre „25 Jahre nach dem Mauerfall: Wirtschaftliche Integration Ostdeutschlands im Spiegel der Forschung am IWH“ herausgegeben. Ein Überblickstext und 25 Abbildungen zeichnen wichtige ökonomische Entwicklungen seit der deutschen Vereinigung bis heute nach. Der folgende Beitrag gibt Auszüge aus der Broschüre wieder. Im Mittelpunkt stehen die Themen Migration, Demographie und Arbeitsmarkt. Der vollständige Text der Broschüre ist als gedrucktes Heft über das IWH oder als Onlineversion unter http://www.iwh-halle.de/d/publik/sonstint/2014_iwh_25_jahre_nach_dem_mauerfall.pdf erhältlich.

Ansprechpartner: Gerhard Heimpold (Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de)

Schlagwörter: Demographie, Migration, Arbeitsmarkt, Erwerbspersonenpotenzial, Konvergenz, Ostdeutschland

Der Fall der Mauer im Herbst 1989 weckte hohe Erwartungen an die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands. Viele Menschen sahen allerdings zunächst im Westen bessere berufliche Perspektiven als im Osten. Zwar kam es nicht, wie von manchen befürchtet, zur Massenabwanderung von Millionen binnen weniger Monate. Gleichwohl verließen in den Jahren 1990 bis 2013 per saldo 1,9 Millionen Menschen den Osten Deutschlands (einschließlich Berlin; vgl. Abbildung 1). In den Jahren nach der Jahrtausendwende ging die Abwanderung in den Westen – netto – zurück, und zuletzt gab es sogar einen kleinen Binnenwanderungsgewinn für den Osten; leicht negativ ist allerdings weiterhin die Nettomigration von Ostdeutschland ohne Berlin nach Westdeutschland. Die Abnahme des negativen Binnenwanderungssaldos kann auch auf die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland zurückgeführt werden.

Bevölkerungsrückgang ist gestoppt

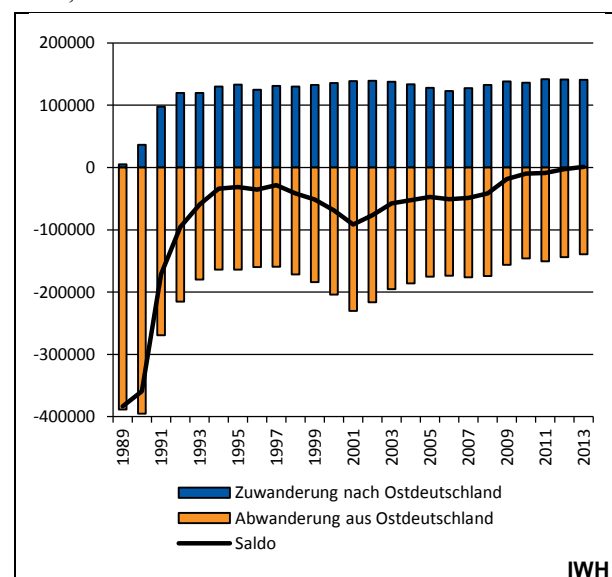
Die Bevölkerung in Ostdeutschland ging nach 1989 über einen langen Zeitraum zurück. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre deuten allerdings darauf hin, dass dieser Trend vorübergehend gestoppt

ist: Im Jahr 2012 ist die Bevölkerung in Ostdeutschland nicht mehr geschrumpft. In Westdeutschland nimmt die Bevölkerung gegenwärtig deutlich zu (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 1:

Ost-West-Wanderung: Fortzüge gingen zurück, Zuzüge sind leicht gestiegen

- Fortzüge aus Ostdeutschland^a, Zuzüge von Westdeutschland nach Ostdeutschland^a, Netto-Wanderungssaldo, von 1989 bis 2013 in 1 000 Personen -



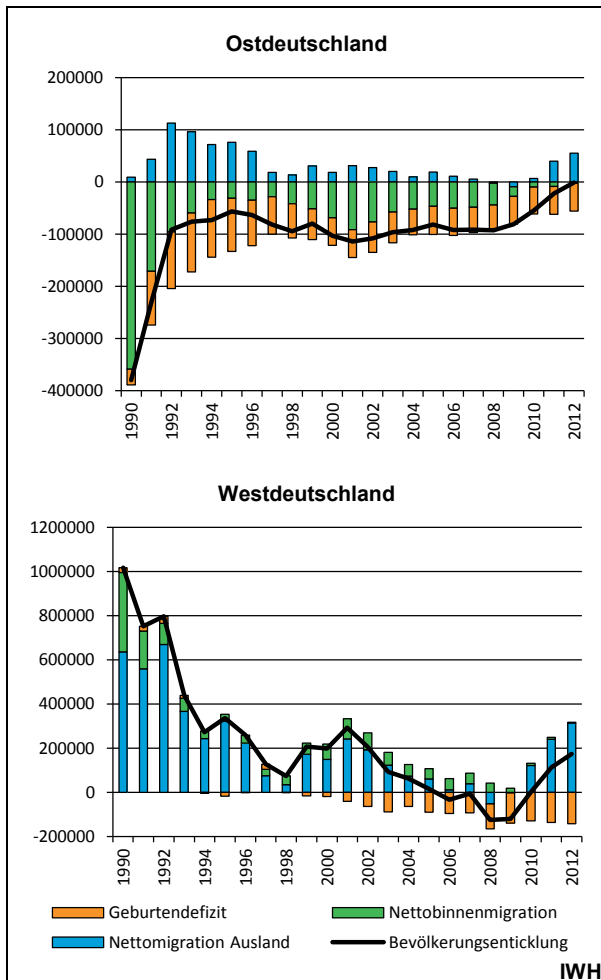
^a Ostdeutschland einschließlich Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014; Berechnungen und Darstellung des IWH.

* Gabriele Hardt (IWH) und Lisa Maria Koch (Universität Wien) leisteten Zuarbeiten und die graphische Aufbereitung der Daten.

Abbildung 2:
Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland: Größere Bedeutung des Geburtendefizits gegenüber den Abwanderungen

- Bevölkerungsentwicklung in Ost-^a und Westdeutschland von 1990 bis 2012 und ihre Komponenten -



^a Ostdeutschland einschließlich Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge der Bevölkerungsstatistiken und Statistik der Geburten.

Die demographische Entwicklung wird grundsätzlich durch die Wanderung und durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung bestimmt. Die Wanderung umfasst die Netto-Wanderungsbewegungen mit dem Ausland und innerhalb Deutschlands, während die natürliche Bevölkerungsentwicklung der Differenz aus der Zahl der Lebendgeborenen und der Gestorbenen (Geburtenüberschuss oder -defizit) entspricht.

Diese Komponenten tragen für den westlichen und den östlichen Teil des Landes in sehr unterschiedlichem Ausmaß zur Bevölkerungsentwicklung bei. Der Bevölkerungsanstieg der vergangenen Jahre

in Westdeutschland ist vor allem einer verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland zuzuschreiben. Für die ostdeutsche Bevölkerungsveränderung ist sowohl die Entwicklung der Binnenwanderung als auch jene der Außenwanderung von großer Bedeutung.

Die Nettoabwanderung nach Westdeutschland nahm nach 1990 von einem sehr hohen Niveau aus rasch deutlich ab und war im Jahr 2012 fast verschwunden. Im Jahr 2012 konnte das Geburtendefizit beinahe vollständig durch Zuwanderung aus dem Ausland ausgeglichen werden.

Allmähliche Stabilisierung am Arbeitsmarkt

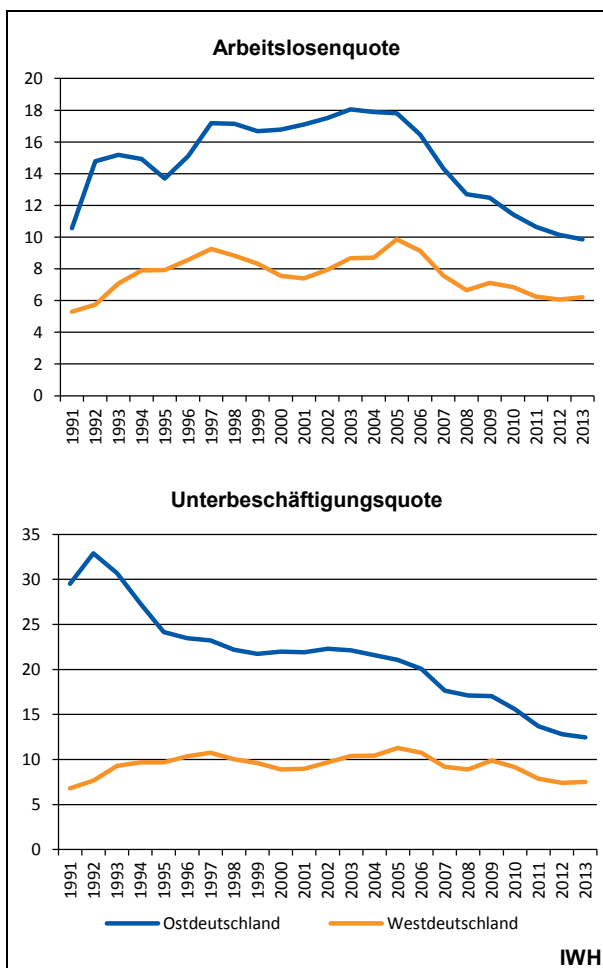
Die Modernisierung des Produktionskapitals ermöglichte, dass die Wirtschaftsleistung je Einwohner und die Produktivität, die in Ostdeutschland zunächst nur bei reichlich zwei Fünfteln der westdeutschen lagen, in der ersten Hälfte der 1990er Jahre rasch anstiegen. Die höhere Produktivität ging allerdings auch mit der Freisetzung von Beschäftigten einher. Im Gefolge nahm in den 1990er Jahren die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland rasant zu und erreichte Mitte der 2000er Jahre Werte von über 20%. Danach verbesserte sich die Beschäftigungslage (vgl. Abbildung 3).

Seit etwa zehn Jahren geht die Arbeitslosenquote in Ost- und Westdeutschland deutlich zurück. Im Jahr 2013 betrug sie in Ostdeutschland 9,9%, in Westdeutschland 6,2%. Die ostdeutsche Quote ist damit noch immer deutlich höher als die westdeutsche, der Abstand hat sich jedoch spürbar verringert. Vor allem zwei Faktoren stehen hinter der Entwicklung in Ostdeutschland: Zum einen stieg die Arbeitsnachfrage deutlich. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm in Ostdeutschland zwischen 2005 und 2013 um etwa 189 000 Personen bzw. 3,4% (Westdeutschland: +8,0%) zu. Zum anderen ging das Erwerbspersonenpotenzial im gleichen Zeitraum infolge der demographischen Entwicklung um etwa 410 000 Personen bzw. 5,6% zurück (Westdeutschland: +4,2%).

Allerdings ist zu beachten, dass die Zahl der Arbeitslosen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beeinflusst wird. Dies wird durch das Konzept der Unterbeschäftigung berücksichtigt. In die Unterbeschäftigung geht neben der Zahl der registrierten Arbeitslosen auch die Zahl der durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geförderten Personen ein. Die Unterbeschäftigungsquote betrug in Ostdeutsch-

land im Jahr 1992 32,9%, im Jahr 2013 lag sie bei 12,5% (Westdeutschland: 7,5%). Der Abstand bei den Unterbeschäftigungsquoten ist um 1,3 Prozentpunkte größer als bei den Arbeitslosenquoten.

Abbildung 3:
Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquoten in Ostdeutschland: Deutlicher Rückgang – aber immer noch höher als in Westdeutschland
- Arbeitslosenquote^a und Unterbeschäftigungsquote^b in Ostdeutschland^c und Westdeutschland von 1991 bis 2013, in % -



^a Arbeitslose (Abgrenzung des IWH) bezogen auf die Erwerbspersonen (Inländer). – ^b Unterbeschäftigte bezogen auf das Erwerbspersonenpotenzial (Abgrenzung des IWH). – ^c Ostdeutschland ohne Berlin.

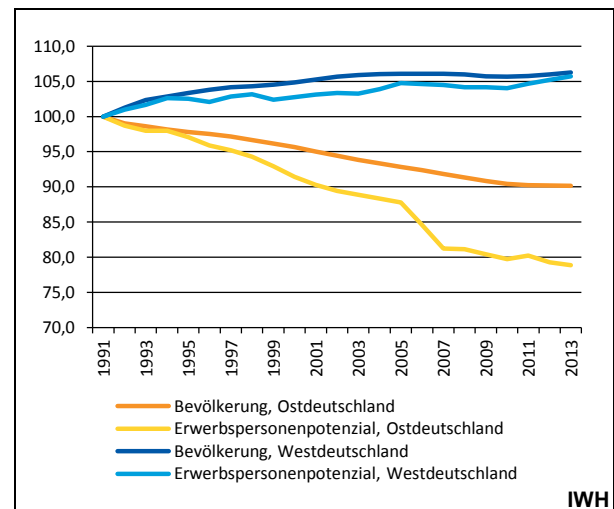
Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, Berechnungsstand: Mai 2014; Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Darstellung des IWH.

Perspektiven Ostdeutschlands werden vom rückläufigen Erwerbspersonenpotenzial beeinträchtigt

War in den frühen 1990er Jahren das verschlissene Sachkapital das offensichtlichste Manko in Ost-

deutschland, könnten künftig die Arbeitskräfte den Flaschenhals bilden. Eine entscheidende Ursache hierfür besteht im sehr starken Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials in Ostdeutschland um rund 2,3 Millionen Personen seit dem Jahr 1991 (-21%), während es in Westdeutschland um 2,5 Millionen Personen bzw. 6% gestiegen ist (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4:
Deutlicher Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials in Ostdeutschland
- Entwicklung der Bevölkerung und des Erwerbspersonenpotenzials in Ostdeutschland^a und Westdeutschland von 1991 bis 2013, 1991 = 100 -



^a Ostdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, Berechnungsstand: März 2014; Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Deutschland – Zeitreihen bis 2013, Juli 2014; IAB-Kurzbericht 18/2014; Berechnungen und Darstellung des IWH.

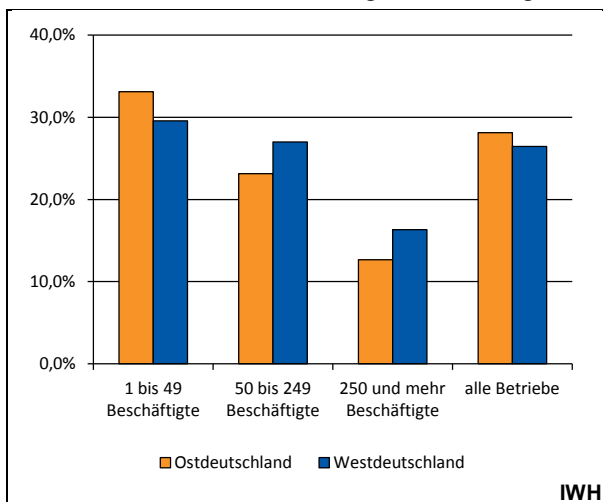
Zum Erwerbspersonenpotenzial zählen die Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die in einem Arbeitsverhältnis stehen beziehungsweise eine Arbeitsstelle suchen.

Die Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials in Ostdeutschland ist im Wesentlichen auf drei Faktoren zurückzuführen. Erstens ging die Bevölkerung um 9,9% zurück (vgl. oben). Zweitens ist infolge der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung der Anteil der Erwerbsfähigen deutlich gesunken. Der Anteil der 15- bis 64-Jährigen betrug im Jahr 1991 noch 67,4%. Im Jahr 2012 waren es nur noch 65,6%. Und drittens ist die Erwerbsbeteiligungsquote im Jahr 2013 deutlich niedriger als im Jahr 1991. Diese Quote, die den Anteil des

Erwerbspersonenpotenzials an den Erwerbsfähigen und damit eine wichtige Kennziffer zur Messung des Arbeitsangebots darstellt, lag im Jahr 2013 bei 79,0%. Im Jahr 1991 waren es noch 88,1%.

Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials stellt die Betriebe vor die Herausforderung, geeignetes Personal zu finden. Im Jahr 2013 konnten in ostdeutschen Betrieben 28% und in westdeutschen 26% der offerierten Stellen, die eine Berufsausbildung, Berufserfahrung oder einen Hochschulabschluss erfordern, nicht besetzt werden (vgl. Abbildung 5). Für ostdeutsche Unternehmen scheint es also trotz der deutlich höheren Arbeitslosigkeit sogar etwas schwieriger zu sein, geeignete Mitarbeiter zu finden, als für westdeutsche Firmen. In den Kleinbetrieben mit weniger als 50 Beschäftigten, die für die ostdeutsche Unternehmensstruktur prägend sind, warten die meisten unbesetzten Stellen auf geeignete Bewerber. Bei mittleren und größeren Betrieben ist der ungedeckte Bedarf in den Alten Bundesländern höher als in den Neuen.

Abbildung 5:
Stellen für qualifizierte Tätigkeiten vor allem in ostdeutschen Kleinbetrieben nicht besetzt
- Anteil der Stellen, die Betriebe im ersten Halbjahr 2013 nicht besetzen konnten, an der Gesamtzahl der ausgeschriebenen Stellen nach Betriebsgrößen und Region -

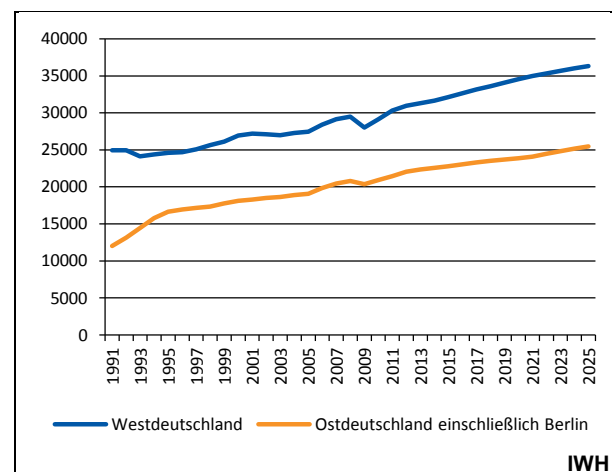


Quelle: IAB-Betriebspanel, Welle 2013, auf Grundgesamtheit hochgerechnet; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Hinter dem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials stehen insbesondere die Rückgänge der Geburtenzahlen, die Abwanderungen und die Alterung der Bevölkerung in Ostdeutschland. Die Folgen könnten tiefgreifend sein, wie eine IWH-

Wachstumsprojektion aus dem Jahr 2012 zeigt.¹ Der demographische Wandel, der in Ostdeutschland mit größerer Wucht als im Westen wirkt, dürfte dazu führen, dass sich das Verhältnis zwischen Arbeitsvolumen und Bevölkerung in Ostdeutschland ungünstiger als in Westdeutschland entwickelt. Die weitere Angleichung der Arbeitsproduktivität zwischen Ost- und Westdeutschland, die in der Projektion enthalten ist, reicht nicht aus, um die negativen Effekte des demographischen Wandels auszugleichen (vgl. Abbildung 6), sodass eine weitere Konvergenz der Produktion je Einwohner kaum zu erwarten ist.

Abbildung 6:
Schere beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zwischen Ost- und Westdeutschland könnte sich wegen der demographischen Entwicklung wieder öffnen
- IWH-Wachstumsprojektion des BIP je Einwohner in Ost- und Westdeutschland -



Quelle: Holtemöller, O.; Irrek, M.: Wachstumsprojektion 2025 für die deutschen Länder: Produktion je Einwohner divergiert, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 18 (4), (2012), 132-140.

¹ Holtemöller, O.; Irrek, M.: Wachstumsprojektion 2025 für die deutschen Länder: Produktion je Einwohner divergiert, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 18 (4), 2012, 132-140.

Langzeitleistungsbezug und Langzeitarbeitslosigkeit – Bericht zum 11. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik –

Im Rahmen des IWH/IAB-Workshops zur Arbeitsmarktpolitik am 1. und 2. Oktober 2014 in Halle (Saale) trafen sich zum elften Mal Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft, um sich aus ökonomischer und soziologischer Sicht über neue Entwicklungen und Erkenntnisse zu den Themen langfristiger Sozialleistungsbezug und Langzeitarbeitslosigkeit auszutauschen. Der Fokus der Workshops, die als Bindeglied zwischen Theorie und Praxis konzipiert sind, lag dabei auf den Ursachen und Konsequenzen der Langzeitarbeitslosigkeit sowie auf möglichen Lösungsansätzen.

Dr. Gerhard Heimpold (IWH) eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die Teilnehmer im Namen des IWH. Dr. Ulrich Walwei (IAB) zeichnete in seiner Einführung den thematischen Rahmen für die sich anschließenden Fachvorträge vor.

Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit für die Betroffenen

Die Keynote „Der lange Ungleichheitsschatten von Arbeitslosigkeit“ hielt Markus Gangl, Professor für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er verglich die Arbeitsmarkterfahrung und die Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik Deutschland mit derjenigen in anderen europäischen Ländern wie beispielsweise Spanien und zeigte, dass die Arbeitslosigkeit in ganz Europa die wesentliche Ursache der Einkommensungleichheit ist. Auch die Folgen des Arbeitsplatzverlustes auf die weitere Erwerbsbiographie sind in den beobachteten Ländern ähnlich: Der Verlust des Jobs hat persistent negative Auswirkungen auf die Beschäftigungschancen. Häufige Phasen von Arbeitslosigkeit im Lebenslauf wirken besonders ungünstig.

Zum Abschluss der nachfolgenden Diskussion fasste Gangl sein Referat in einer Empfehlung an die Politik zusammen: Arbeitslosigkeit, insbesondere länger anhaltende, sollte angesichts ihrer weitreichenden ungünstigen Folgewirkungen für die Betroffenen und die Gesellschaft möglichst vermieden werden. Dies zu unterstützen ist auch Aufgabe der Gesellschaft.



Markus Gangl, Professor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, hielt die Keynote.

Foto: IWH.

Verläufe, Folgen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit

In den nachfolgenden elf Präsentationen¹ wurden die Themen Langzeitleistungsbezug und Langzeitarbeitslosigkeit aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet und intensiv diskutiert. Zunächst analysierten die Referenten die Verlaufsmuster und die Folgen von langandauernder Arbeitslosigkeit. So wurde beispielsweise der Frage nachgegangen, ob eine Zeit der Arbeitslosigkeit in der Frühphase des Erwerbslebens kausal im Zusammenhang mit künftigen Arbeitslosigkeitserfahrungen steht.

Als Begleiterscheinung der Arbeitslosigkeit wurde unter anderem das Phänomen der Deprivation, d. h. von Verschlechterungen im Lebensstandard thematisiert. Es wurde deutlich, dass der Eintritt in den ALG-II-Leistungsbezug nicht nur negative Effekte auf das Einkommen der Betroffenen hat, sondern dass ihr Lebensstandard auch nach einer

¹ Einige der Präsentationen stehen zum Download unter http://de.amiando.com/Arbeitsmarktworkshop_2014.html?page=1178754 bereit.

erneuten Arbeitsaufnahme erst zeitversetzt wieder ansteigt.

Bei den Anstrengungen, langfristige Arbeitslosigkeit zu verhindern, spielen sowohl die öffentliche als auch die private Arbeitsvermittlung eine wichtige Rolle. Die Beiträge des Workshops zeigten, dass die Dezentralisierung dieser Einrichtungen im Zuge der Hartz-Reformen widersprüchliche Effekte auf die Vermittlungsquote vor allem von Langzeitarbeitslosen mit sich brachte.

In Modell- und Pilotprojekten werden neue Ideen erprobt und Erfahrungen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen gesammelt. Im Rahmen des Workshops stellte beispielsweise das Zentrum für Sozialforschung Halle Ergebnisse seiner Begleitforschung zum Projekt „ZIEL – Zielgerichtete Integration junger Langzeitarbeitsloser“ vor.

Zu einer lebendigen Diskussion kam es beim Thema der sozialen Teilhabe von Langzeitarbeitslosen. Insbesondere ging es dabei um Personen mit so genannten multiplen Vermittlungshemmnissen, die zwar zahlreiche Maßnahmen zur Arbeitsbefähigung und -vermittlung durchlaufen, aber dennoch keine Beschäftigung finden. Sollte hier weiterhin das Ziel der Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt verfolgt werden? Oder wäre es angemessener, das Grundsicherungssystem in Richtung der Problemlagen dieser Personengruppe weiterzuentwickeln?

Podiumsdiskussion

An der abschließenden Podiumsdiskussion nahmen *Dr. Wilhelm Adamy* vom Deutschen Gewerkschaftsbund, *Dr. Holle Grünert* vom Zentrum für Sozialforschung Halle e. V., *Kay Senius* als Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit, *Dr. Ulrich Walwei* vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie *Alexander Wilhelm* von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände teil. Die Moderation übernahm Ralf Geißler, Wirtschaftsredakteur beim MDR-Hörfunk.

In der Diskussion wurde deutlich, dass es für das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit keine einfache Lösung gibt. Auch knapp zehn Jahre nach den Hartz-Reformen sind die Chancen auf eine Beschäftigung für Langzeitarbeitslose nicht gestiegen – und dies, obwohl ein breites Instrumentarium staatlicher Fördermaßnahmen für die Betroffenen bereitsteht. Die Frage ist jedoch, ob diese Rege-

lungen immer richtig eingesetzt werden. Als unabdingbar wurde die Betrachtung des Einzelfalls angesehen, um auch individuellen Problemstellungen gerecht werden zu können.

Diskutiert wurde ebenso die Frage, ob neben dem regulären ein zweiter, „sozialer“ Arbeitsmarkt etabliert werden sollte. Dieser müsse, so die Befürworter, für Langzeitarbeitslose offen sein, mittelfristige Perspektiven bieten und eine Sozialversicherungspflicht vorsehen.



Podiumsteilnehmer (von links nach rechts): Moderator Ralf Geißler, Alexander Wilhelm, Dr. Holle Grünert, Dr. Wilhelm Adamy, Kay Senius und Dr. Ulrich Walwei.

Foto: IWH.

Fazit: Langzeitarbeitslosigkeit bleibt der Politik als Dauerthema erhalten

Langzeitleistungsbezug und Langzeitarbeitslosigkeit werden aufgrund der starken Verfestigungstendenzen und den damit verbundenen sozialen und gesellschaftlichen Problemen auch in Zukunft einen festen Platz in der deutschen Arbeitsmarktpolitik einnehmen.

Auch die Referenten des 11. IWH/IAB-Workshops konnten keine Patentlösungen bieten. Die Erfahrungen mit den umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen aus der Vergangenheit haben jedoch gezeigt, dass zielführend an der Problematik gearbeitet werden kann. Neue Impulse aus Modellprojekten, die Würdigung der komplexen Lebenslagen der Betroffenen und geduldige Politik werden auch künftig nötig sein, um dem Ziel einer nachhaltigen Reduzierung der Zahl erwerbsfähiger Leistungsberechtigter näherzukommen.

Birgit Schultz (Birgit.Schultz@iwh-halle.de),
*Liesa Krüger** (Liesa.Krueger@iwh-halle.de)

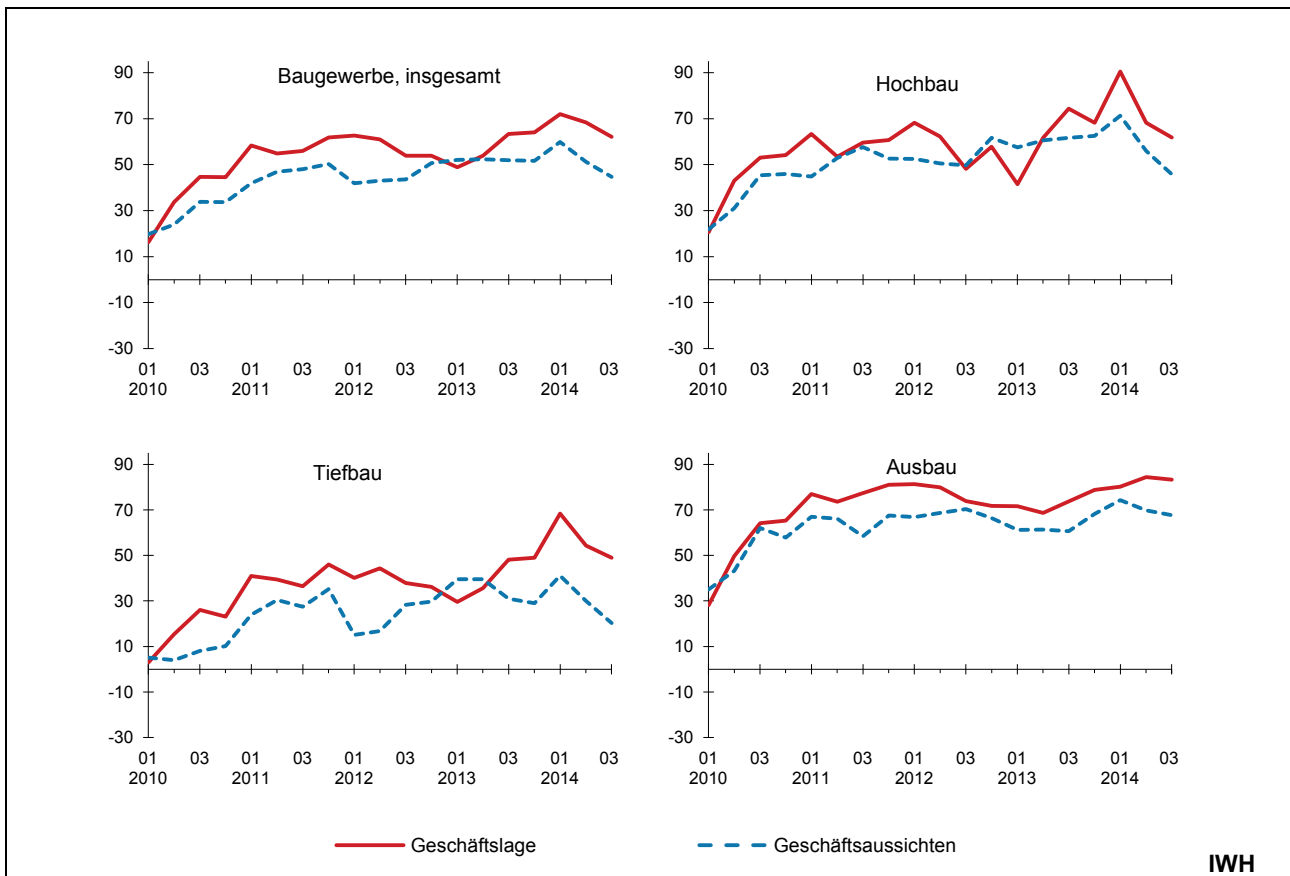
* Liesa Krüger studiert Medien-, Kommunikations- und Wirtschaftswissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Sie arbeitet als studentische Hilfskraft am IWH.

IWH-Baumfrage im dritten Quartal 2014: Baukonjunktur in Ostdeutschland verliert weiter an Schwung

Nach der neuesten Umfrage des IWH hat die Baukonjunktur in Ostdeutschland im Sommer weiter an Dynamik verloren. Sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftsaussichten trübten sich bereits das zweite Mal in Folge ein (vgl. Abbildung 1). Allerdings hatte die Bauproduktion zu Jahresbeginn vor allem dank ungewöhnlich milden Winterwetters und noch anstehender Baumaßnahmen zur Behebung von Flutschäden des Sommers 2013 außergewöhnlich stark angezogen. Die Bauunternehmen hatten angesichts des sehr milden Winters Aufträge in das erste Quartal vorgezogen, die erwartete Korrektur zieht sich offensichtlich bis in das dritte Quartal hinein.

Die konjunkturelle Schwäche dürfte somit wohl weiterhin überzeichnet sein. So liegen die über die drei Quartale gemittelten Saldenurteile der Unternehmen zur Geschäftslage – ein Versuch, die Verschiebeeffekte zu bereinigen – immer noch zehn Punkte über dem mittleren Saldowert von 2013 (vgl. Tabelle). Die Salden der Aussichten verharren dagegen in etwa auf dem mittleren Niveau des Vorjahres. Es scheint sich eine gewisse Skepsis unter den Unternehmen breitzumachen, die wohl der derzeitigen Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur in Deutschland geschuldet sein dürfte. Dies spiegelt sich in unterschiedlicher Weise in den Sparten wider.

Abbildung 1:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

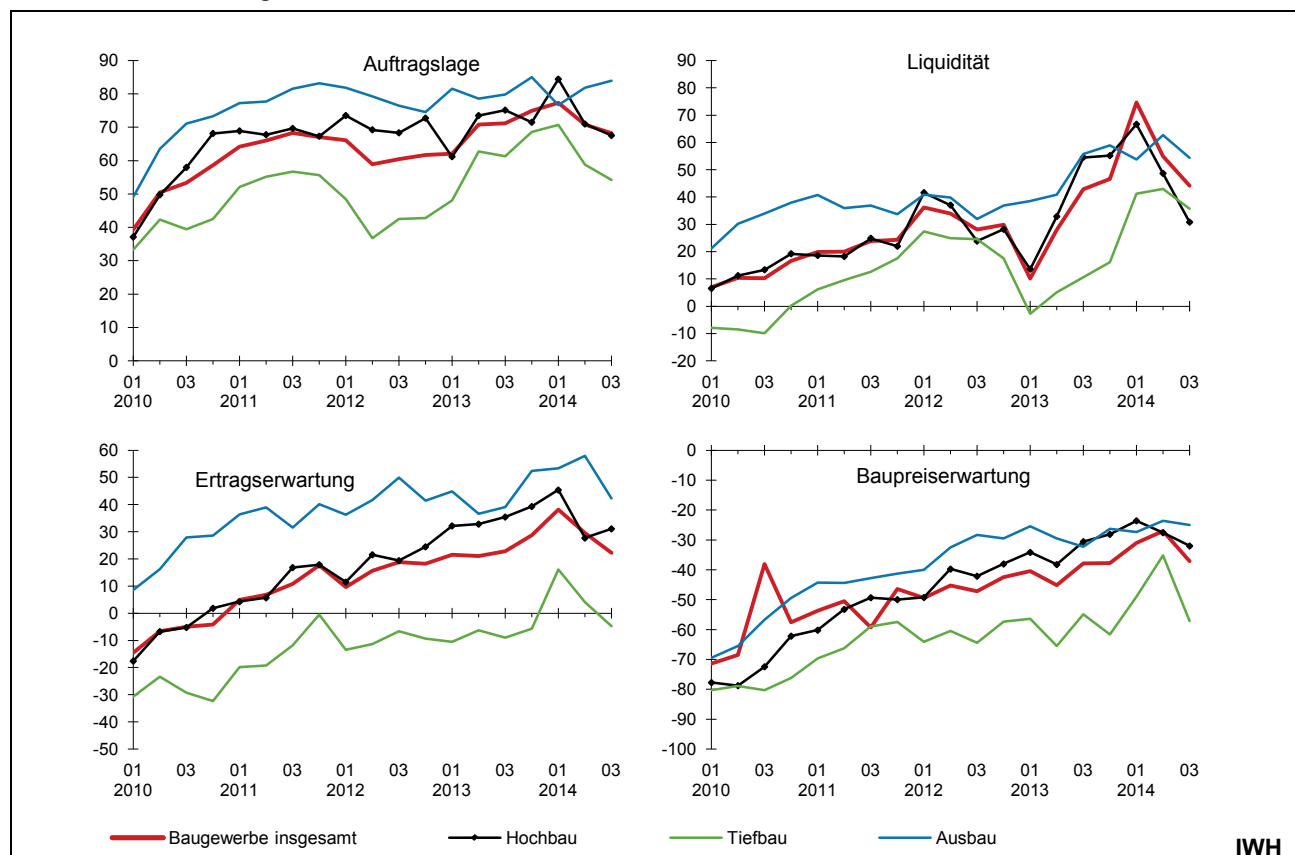
Die Unternehmen aus dem Hoch- und dem Tiefbau, die angesichts des milden Winters zu Beginn des Jahres in erheblichem Umfang Bauprojekte vorgezogen hatten, signalisieren am aktuellen Rand das zweite Mal in Folge auch die stärkste Abwärtskorrektur. Ungeachtet dessen behaupten sich die Salden aus den positiven und negativen Meldungen zur Geschäftslage weit mehr als zehn Saldenpunkte über dem Vorjahresniveau. Die Aussichten sinken allerdings um drei bzw. vier Saldenpunkte unter den mittleren Wert des Vorjahres. Die verbreitete Skepsis der Unternehmen zeigt sich hier auch deutlich an anderen vorlaufenden Indikatoren wie Auftragslage, Produktions- und Baupreiserwartungen (vgl. Abbildung 2 und Tabelle). Insbesondere sind die Auftragsgänge im Wirtschaftsbau, die sich nach langer Durststrecke im letzten Winterhalbjahr zu erholen schienen, am aktuellen Rand wieder deutlich zurückgegangen. Impulse aus den flutbedingten Infrastrukturinvestitionen im öffentlichen

Bau sind zwar noch zu erwarten, sie dürften aber im Zeitverlauf abnehmen. Dagegen dürfte der Wohnungsbau bei immer noch sehr günstigen Rahmenbedingungen aufwärtsgerichtet bleiben. Hinsichtlich der Baupreise und Erträge fallen die Wertungen im Hochbau deshalb wohl immer noch deutlich besser aus als im Tiefbau.

Im Ausbau stellt sich die Situation weiterhin am günstigsten dar. Die aktuelle Geschäftslage hält sich auf extrem hohem Niveau, und die Aussichten verschlechtern sich nur marginal. Die Auftragslage wird nochmals besser bewertet als im Quartal zuvor. Die Liquiditätsausstattung sowie die Ertrags- und Baupreiserwartungen fallen in den Urteilen der Unternehmen zwar etwas negativer aus als zuvor. Im historischen Vergleich halten sie sich aber auf hohem Niveau und übersteigen die Urteile der anderen Sparten deutlich.

Brigitte Loose
(Brigitte.Loose@iwh-halle.de)

Abbildung 2:
Auftragslage, Liquidität, Ertrags- und Baupreiserwartungen laut IWH-Baumfragen
- Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](http://www.iwh-halle.de), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Tabelle:
 Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
 - Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -

	3/12	4/12	1/13	2/13	3/13	4/13	1/14	2/14	3/14
Baugewerbe									
Lage	54	54	49	54	63	64	72	68	62
Aussichten	44	51	52	52	52	52	60	51	45
Produktion	53	46	33	50	53	58	75	58	58
Auftragslage	60	62	62	71	71	75	77	71	68
Liquidität	28	30	10	28	43	47	75	55	44
Baupreise	-52	-50	-52	-42	-44	-41	-31	-27	9
Produktionserwartungen	45	46	47	47	47	51	60	49	40
Ertragserwartungen	19	18	22	21	23	29	38	30	22
Baupreiserwartungen	-47	-42	-40	-45	-38	-38	-31	-27	-37
Hochbau									
Lage	48	58	42	62	74	68	90	68	62
Aussichten	50	62	58	60	62	62	71	56	46
Produktion	55	56	32	59	67	65	95	62	57
Auftragslage	68	73	61	73	75	71	84	71	68
Liquidität	24	28	14	33	55	55	67	49	31
Baupreise	-45	-47	-46	-35	-33	-25	-22	-30	-19
Produktionserwartungen	46	54	54	54	56	55	64	49	38
Ertragserwartungen	19	24	32	33	35	39	45	28	31
Baupreiserwartungen	-42	-38	-34	-38	-31	-28	-24	-28	-32
Tiefbau									
Lage	38	36	30	36	48	49	68	54	49
Aussichten	28	30	40	40	31	29	41	30	20
Produktion	38	23	12	24	28	37	52	44	43
Auftragslage	43	43	48	63	61	69	71	59	54
Liquidität	25	18	-3	5	11	16	41	43	36
Baupreise	-67	-66	-67	-65	-63	-65	-59	-51	-53
Produktionserwartungen	29	25	29	30	27	34	48	32	24
Ertragserwartungen	-7	-9	-11	-6	-9	-6	16	4	-5
Baupreiserwartungen	-64	-57	-56	-66	-55	-62	-49	-35	-57
Ausbau									
Lage	74	72	72	69	74	79	80	84	83
Aussichten	70	66	61	61	61	68	74	70	68
Produktion	69	64	58	70	65	74	78	67	76
Auftragslage	76	75	82	79	80	85	77	82	84
Liquidität	32	37	39	41	56	59	54	63	54
Baupreise	-40	-33	-40	-36	-27	-30	-17	-17	-19
Produktionserwartungen	67	61	58	58	57	67	71	68	62
Ertragserwartungen	50	41	45	37	39	52	53	58	42
Baupreiserwartungen	-28	-29	-25	-30	-32	-26	-27	-24	-25

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

IWH-Industrienumfrage im dritten Quartal 2014: Die Stimmung trübt sich ein

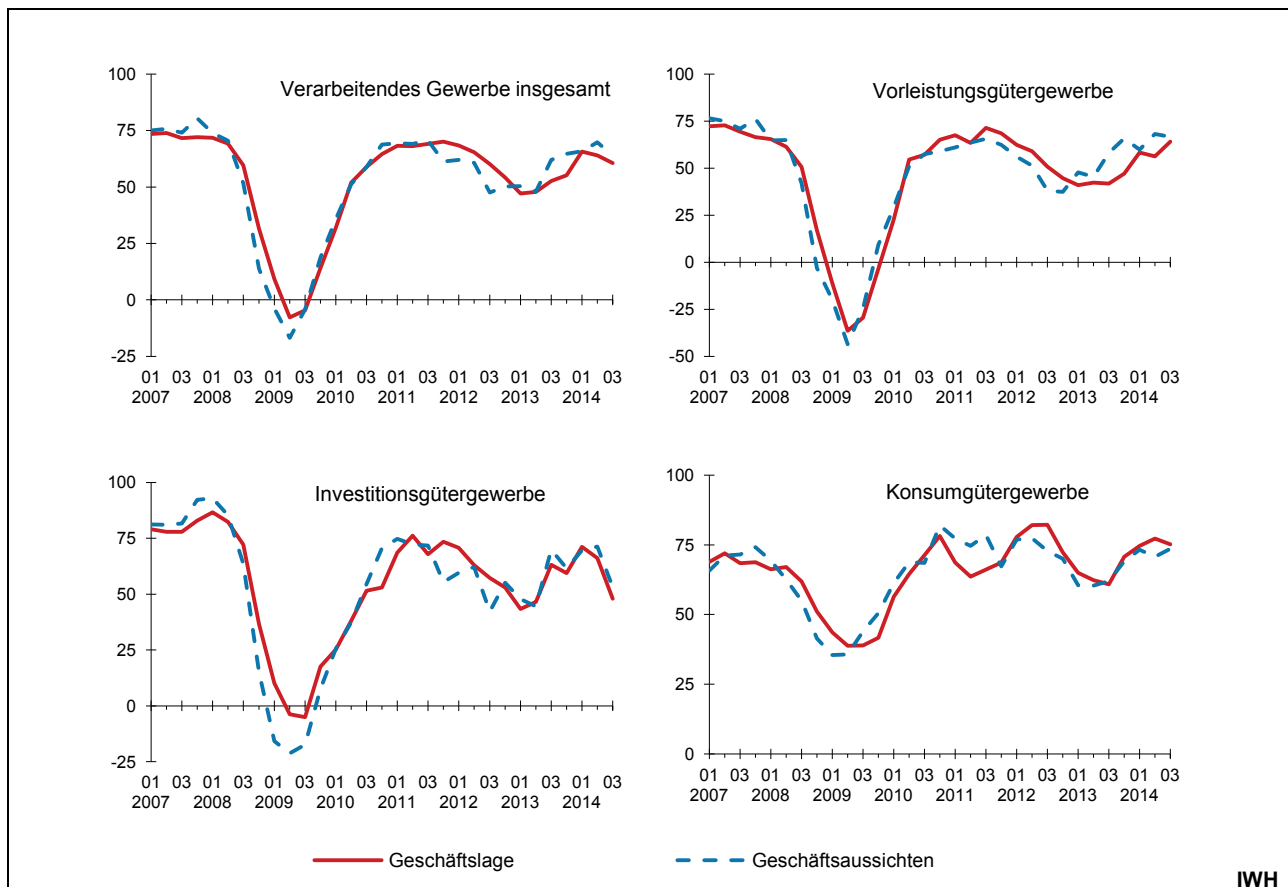
Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich im dritten Quartal leicht abgekühlt. Aus den Ergebnissen der IWH-Industrienumfrage unter rund 300 Unternehmen geht hervor, dass die Unternehmen mit der aktuellen Geschäftslage, aber auch mit den Aussichten weniger zufrieden sind als im Vorquartal. Beide Komponenten befinden sich zwar weiterhin auf hohem Niveau (vgl. Abbildung 1). Die Indikatoren deuten aber darauf hin, dass die konjunkturelle Schwäche der deutschen Wirtschaft die ostdeutsche Industrie erreicht hat.

Die Produktion wird weniger gut als im zweiten Quartal beurteilt, und auch mit der Auftragslage

sind die Unternehmen weniger zufrieden. Die Produktionserwartungen, die in der letzten Umfrage stark angestiegen waren, haben sich nun wieder auf das Vorjahresniveau eingependelt (vgl. Abbildung 2 und Tabelle).

Die konjunkturelle Abkühlung betrifft die fachlichen Hauptgruppen der ostdeutschen Industrie nicht in gleichem Maße. Die Hersteller von Vorleistungsgütern hatten in der letzten Umfrage sehr positive Geschäftserwartungen geäußert und sind die einzige Sparte, die die aktuelle Lage besser als im zweiten Quartal bewertet (acht Saldenpunkte höher). Die Aussichten bleiben auf dem Niveau der Vor-

Abbildung 1:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

periode. Trotz unverändert guter Auftragslage haben die Unternehmen ihre hohen Produktionserwartungen der Vorperiode nach unten korrigiert (vgl. Tabelle).

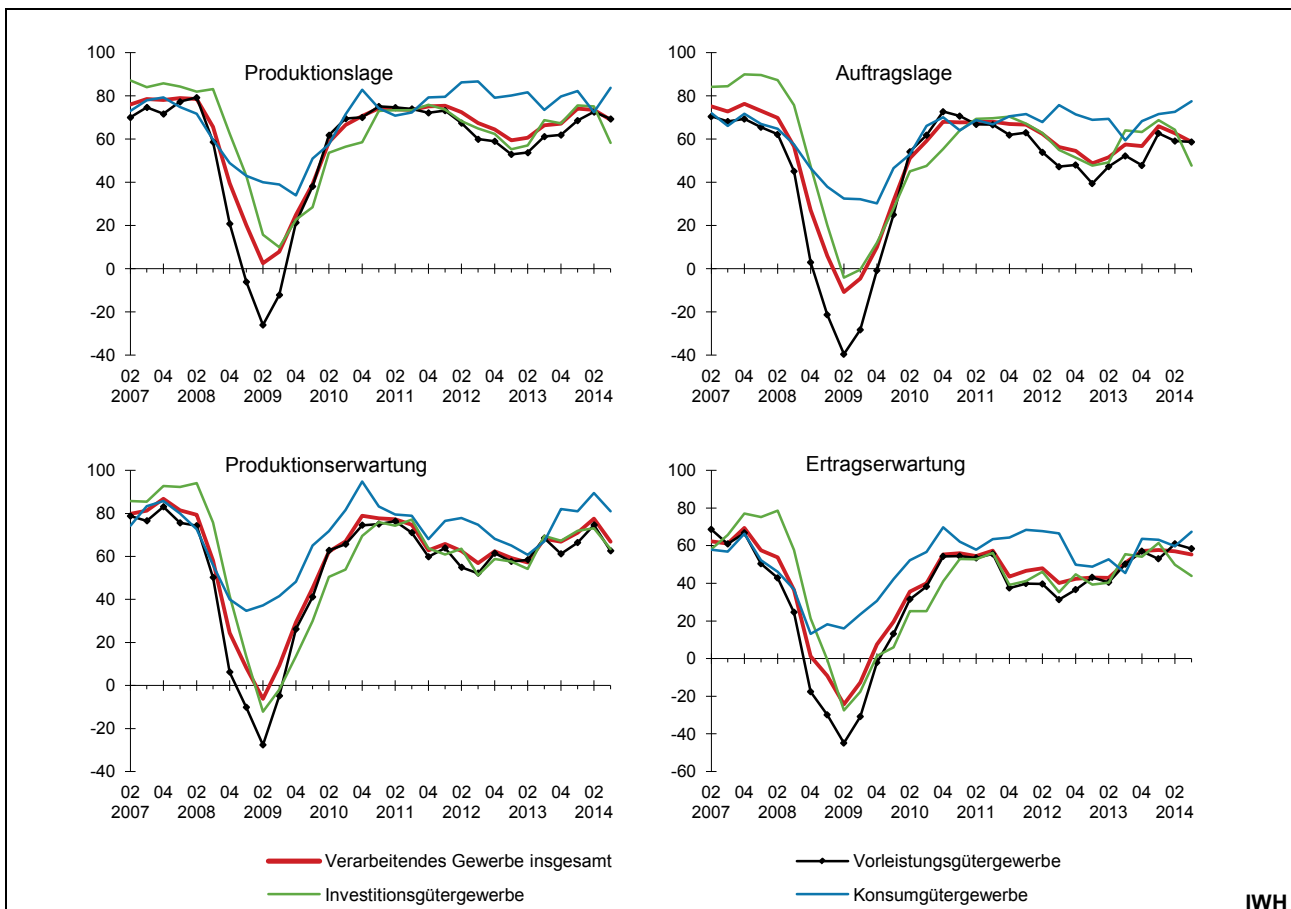
Aus dem ostdeutschen Investitionsgütergewerbe dürften nach den vorliegenden Befragungsergebnissen nur wenige Impulse für die Vorleistungsgüterproduzenten kommen. Hier ist die Konjunktur regelrecht eingebrochen. Der Saldo der aktuellen Lagebeurteilungen sank gegenüber dem zweiten Quartal um 18 Punkte. Die Verunsicherung der Investoren angesichts schwacher Impulse wichtiger Auslandsmärkte, eine an Schwung verlierende deutsche Konjunktur und der schwelende Konflikt zwischen Russland und dem Westen hinterlassen hier wohl ihre Spuren. Die Bewertung der vorlaufenden Indikatoren Auftragslage und Produktionserwartungen deuten zudem darauf hin, dass die Sparte derzeit nicht mit einer raschen Erholung rechnet.

Die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate werden im Saldo 18 Punkte niedriger als im zweiten Quartal bewertet.

Die Konjunktur im Konsumgütergewerbe befindet sich in wesentlich ruhigerem Fahrwasser. Die Einschätzungen von Lage und Aussichten haben sich seit der vorherigen Umfrage nur geringfügig verändert: zwei Saldenpunkte nach unten bei der Lage, drei nach oben bei den Aussichten. Die Auftragslage wird noch besser bewertet als im zweiten Quartal, und die Zufriedenheit mit der Produktion hat nach einem vorübergehenden Rückgang wieder einen hohen Stand erreicht. Die hohen Produktionserwartungen im zweiten Quartal wurden nach unten korrigiert. Derzeit überflügeln alle Indikatoren dieser Hauptgruppe das Niveau der anderen Sparten (vgl. Abbildung 2).

Cornelia Lang (Cornelia.Lang@iwh-halle.de)

Abbildung 2:
Produktionslage, Auftragslage, Produktions- und Ertragsersparungen laut IWH-Industrienumfragen - Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](http://www.iwh-halle.de), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Tabelle:
 Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
 - Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -

	3/12	4/12	1/13	2/13	3/13	4/13	1/14	2/14	3/14
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt									
Lage	60	54	47	48	53	55	66	64	61
Aussichten	47	50	50	48	62	65	66	70	64
Produktion	67	64	59	61	66	67	74	73	69
Auftragslage	56	55	49	52	57	57	66	63	59
Liquidität	51	54	47	54	57	58	63	56	60
Produktionserwartungen	57	62	59	57	68	67	71	78	67
Ertragserwartungen	40	42	43	43	51	57	58	57	55
Vorleistungsgütergewerbe									
Lage	51	45	41	42	42	47	58	56	64
Aussichten	38	37	48	45	58	66	60	68	67
Produktion	60	59	53	54	61	62	69	73	69
Auftragslage	47	48	39	47	52	48	63	59	59
Liquidität	50	54	49	53	57	56	62	52	56
Produktionserwartungen	52	61	58	58	68	61	66	75	63
Ertragserwartungen	31	37	43	41	50	57	53	61	58
Investitionsgütergewerbe									
Lage	57	53	43	46	63	59	71	66	48
Aussichten	42	55	48	44	70	62	70	71	53
Produktion	65	62	55	57	69	67	76	75	58
Auftragslage	55	51	48	49	64	63	69	64	48
Liquidität	58	59	47	56	58	62	69	59	60
Produktionserwartungen	51	59	58	54	69	67	72	73	63
Ertragserwartungen	35	45	39	40	56	54	61	50	44
Konsumgütergewerbe									
Lage	82	72	65	62	61	71	75	77	75
Aussichten	73	70	61	60	62	69	73	71	74
Produktion	87	79	80	82	74	80	82	72	84
Auftragslage	76	71	69	69	59	68	71	73	77
Liquidität	47	48	46	52	53	53	54	58	72
Produktionserwartungen	75	68	65	61	67	82	81	89	81
Ertragserwartungen	67	50	49	53	45	64	63	60	67

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Is Subsidizing Companies in Difficulties an Optimal Policy? An Empirical Study on the Effectiveness of State Aid in the European Union

Finanzielle Hilfen des Staates für Unternehmen in Schwierigkeiten, etwa aus sozial- oder industriepolitischen Motiven, sind umstritten. Die Rettung der Fluggesellschaft Austrian Airlines oder des Automobilkonzerns MG Rover sind bekannte Beispiele. Diese Untersuchung geht der Frage nach, ob die Subventionen effektiv sind, also das Ziel erreichen, die Unternehmen langfristig und erfolgreich am Markt zu halten. Basis ist ein Datensatz, der alle Unternehmen erfasst, die in der EU im Zeitraum von 2000 bis 2010 Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen erhalten haben. Wir nutzen die Überlebenszeitanalyse, um zu beantworten, ob die Subventionen effektiv waren. Im Ergebnis zeigt sich, dass das Ausscheiden von Unternehmen durch die Subventionen nur verzögert wird, die Überlebensrate im Gegensatz zur Kontrollgruppe jedoch dennoch höher ist. Insbesondere Unternehmen, die mit langfristigen Umstrukturierungsbeihilfen unterstützt wurden, solche mit Sitz in Osteuropa bzw. Ostdeutschland sowie kleinere oder ältere Unternehmen zeigen eine signifikant höhere Überlebenswahrscheinlichkeit.

Nicole Nulsch: Is Subsidizing Companies in Difficulties an Optimal Policy? An Empirical Study on the Effectiveness of State Aid in the European Union. IWH-Diskussionspapiere Nr. 9/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/9-14.pdf>.

Does the Technological Content of Government Demand Matter for Private R&D? Evidence from US States

Der Staat beschafft eine Vielzahl unterschiedlicher Güter – von Autos bis Zucchini. In diesem Papier untersuchen wir die Rolle der technologischen Zusammensetzung der öffentlichen Beschaffung für Forschung und Entwicklung (FuE) in der Wirtschaft. Zunächst zeigen wir modelltheoretisch, dass eine relative Erhöhung der staatlichen Beschaffung in Hochtechnologie-Industrien die erwarteten Erträge aus erfolgreicher Innovationstätigkeit – und somit das Volumen an unternehmerischer FuE – erhöht. Mit Hilfe von administrativen Daten zu öffentlichen Beschaffungsaufträgen in US-Bundesstaaten zeigen wir empirisch, dass eine Verschiebung der öffentlichen Beschaffung hin zu Hochtechnologie-Industrien tatsächlich einen positiven Effekt auf FuE in der Privatwirtschaft hat. Dieses Ergebnis bleibt auch bei Berücksichtigung einer Vielzahl von Kontrollvariablen erhalten. Instrumentenvariablen-Schätzungen unterstützen zudem eine kausale Interpretation der Ergebnisse.

Viktor Slavtchev, Simon Wiederhold: Does the Technological Content of Government Demand Matter for Private R&D? Evidence from US States. IWH-Diskussionspapiere Nr. 10/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/10-14.pdf>.

Does Intermunicipal Cooperation Increase Efficiency? Evidence from the Hessian Wastewater Sector

In diesem Papier wird der Zusammenhang zwischen verschiedenen Modellen interkommunaler Zusammenarbeit und der Effizienz der öffentlichen Leistungserstellung untersucht. Eigenproduktion, gemeinsame Bereitstellung oder vertragliche Vergabe setzen unterschiedliche Anreize für Politiker und Verwaltung und beeinflussen auch die internen Transaktionskosten. Größenvorteile müssen also gegen technische Ineffizienzen abgewogen werden. Der Beitrag analysiert dies am Beispiel der Abwasserentsorgung. Basis ist ein singulärer Datensatz für kleine und mittlere hessische Kommunen. Es zeigt sich, dass gemeinsam bereitstellende Gemeinden und Gemeinden, die das Abwasser anderer Gemeinden in eigenen Anlagen klären, hinsichtlich ihrer technischen Effizienz schlechter abschneiden als eigenerstellende oder auslagernde Gemeinden. Möglicherweise profitieren nur kleine Gemeinden von Kooperationslösungen. Diese sollten die vertragliche Vergabe von Leistungen oder eine in hohem Maße vertikal integrierte gemeinsame Bereitstellung bevorzugen.

Frédéric Blaeschke, Peter Haug: Does Intermunicipal Cooperation Increase Efficiency? Evidence from the Hessian Wastewater Sector. IWH-Diskussionspapiere Nr. 11/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/11-14.pdf>.

Veranstaltungen

13. und 14. November 2014 in Halle (Saale): 2. IWH-ENIC-Workshop „Evolution von Netzwerken, Industrien und Clustern (ENIC)“

Am 13. und 14. November 2014 veranstalten die Universitäten Kassel (Guido Bünstorf), Hohenheim (Andreas Pyka) und Hannover (Tom Brökel) gemeinsam mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) einen Workshop zum Thema „Evolution von Netzwerken, Industrien und Clustern (ENIC)“. Der Workshop bietet Nachwuchsforscherinnen und -forschern, aber auch erfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Gelegenheit, jüngere Entwicklungen des Faches, neue Forschungsideen, empirische und theoretische Arbeiten vorzustellen und zu diskutieren.

Keynote speakers:

Oliver Falck (LMU München, ifo Institut)

Koen Frenken (Universität Utrecht)

1. und 2. Dezember 2014 in Halle (Saale): 15th IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop: „Identification and Causality in Macroeconometrics and Finance“

The Halle Institute for Economic Research (IWH) and the Centre Interuniversitaire de Recherche en Economie Quantitative (CIREQ) are organizing the 15th Macroeconometric Workshop to be held in Halle (Saale) on December 1-2, 2014.

The workshop provides a platform to discuss new developments in the field of empirical and applied macroeconomic modelling and aims at bringing together academic researchers and practitioners. Each conference day is opened by a keynote speaker, followed by contributed papers.

Keynote speakers:

Sophocles Mavroidis (University of Oxford)

Abderrahim Taamouti (Universidad Carlos III de Madrid)

11. und 12. Dezember 2014 in Halle (Saale): 5th Halle Forum on Urban Economic Growth

The Halle Forum on Urban Economic Growth, established in 2006, has the aim to bring together original economic and interdisciplinary papers that cast some light on new developments in theoretical and empirical research on economic growth and development in urban environments. The Forum should also give PhD students an opportunity for presenting and discussing their research results.

Keynote speakers:

Enid Slack (Munk School of Global Affairs, University of Toronto)

Charlie Karlsson (Jönköping International Business School, University of Jönköping)

Durchgeführte Veranstaltung

1. und 2. Oktober 2014 in Halle (Saale): 11. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik: „Langzeitleistungsbezug und -arbeitslosigkeit. Ursachen, Konsequenzen, Auswege“

Trotz der positiven Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre hat die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Deutschland kaum abgenommen. Der diesjährige Workshop beleuchtete die Phänomene von langfristigem Sozialleistungsbezug und Langzeitarbeitslosigkeit aus soziologischer und ökonomischer Perspektive. Auf der Makroebene wurde der Zusammenhang von Langzeitleistungsbezug bzw. -arbeitslosigkeit und den gesellschaftlichen bzw. Arbeitsmarktstrukturen analysiert. Auf individueller Ebene wurden Determinanten und Folgen von Langzeitleistungsbezug oder -arbeitslosigkeit ebenso in den Blick genommen wie Maßnahmen, mit denen sich die Situation möglicherweise verbessern lässt.

Keynote speaker:

Markus Gangl (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

Wirtschaft im Wandel, Jg. 20 (4), 2014

Axel Lindner

Kommentar: Warum ist die Wirtschaftsleistung je Einwohner in allen ostdeutschen Ländern ähnlich hoch?

Katja Drechsel

Aktuelle Trends:

Zu den Effekten der Generalrevision des Bruttoinlandsprodukts

Hans-Ulrich Brautzsch, Franziska Exß, Cornelia Lang, Axel Lindner, Brigitte Loose, Udo Ludwig, Birgit Schultz
Ostdeutsche Wirtschaft: Kräftige Konjunktur im Jahr 2014, Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert sich aber kaum mehr

Frédéric Blaeschke, Peter Haug

Kommunale Kooperation und Effizienz:

Das Beispiel der hessischen Abwasserentsorgung

Matias Ossandon Busch, Julia Schneider, Lena Tonzer
Die „International Banking Library“

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im zweiten Quartal 2014:

Baukonjunktur verliert etwas an Schwung

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im zweiten Quartal 2014:

Anhaltender Optimismus

Externe Publikationen

Brachert, Matthias; Hyll, Walter; Titze, Mirko

Entry into Entrepreneurship, Endogenous Adaption of Risk Attitudes and Entrepreneurial Survival. SOEPpapers 701, 2014.

Eichler, Stefan; Lähner, T.

Forecast Dispersion, Dissenting Votes, and Monetary Policy Preferences of FOMC Members: The Role of Individual Career Characteristics and Political Aspects, in: Public Choice, Vol. 160 (3-4), 2014, 429-453.

Gonchar, K.; Marek, Philipp

The Regional Distribution of Foreign Investment in Russia: Are Russians more Appealing to Multinationals as Consumers or as Natural Resource Holders?, in: Economics of Transition, Vol. 22 (4), 2014, 605-634.

Hyll, Walter; Stark, O.

Socially Gainful Gender Quotas, in: Journal of Economic Behavior and Organization, Vol. 105, September, 2014, 173-177.

Kauffmann, Albrecht; Rosenfeld, Martin T. W.

The Impact of Local Factors on the Scope of Benefits from Public Investment: The Case of Tourism Infrastructure in Saxon Municipalities, in: Urban Research & Practice, Vol. 7 (3), 2014, 320-336.

IWH-Diskussionspapiere

Slavtchev, Viktor; Wiederhold, S.

Does the Technological Content of Government Demand Matter for Private R&D? Evidence from US States
Nr. 10/2014, August 2014.

Blaeschke, F.; Haug, Peter

Does Intermunicipal Cooperation Increase Efficiency? Evidence from the Hessian Wastewater Sector
Nr. 11/2014, November 2014.

Impressum

Herausgeber:

Prof. Reint E. Gropp, Ph.D.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller

Prof. Dr. Michael Koetter

Prof. Dr. Steffen Müller

Dr. Herbert S. Buscher

Dr. Hubert Gabrisch

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Tobias Henning

Layout: Ingrid Dede

Telefon: +49 345 7753 738/721

Telefax: +49 345 7753 718

E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Telefon: +49 345 7753 60

Telefax: +49 345 7753 820

Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Erscheinungsweise:

6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis:

Einzelheft: 4,50 Euro

Jahresbezug: 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck:

Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG

Gewerbering West 27, D-39240 Calbe

Telefon: +49 39291 428-0

Wirtschaft im Wandel, 20. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. November 2014

ISSN 0947-3211 (Print)

ISSN 2194-2129 (Online)